

SPD sieht unbekannte Sprengkraft

Wie viel kostet Verlegung der Munitionsbunker in Lagerlechfeld? Warten auf die Zahlen

Mering/Kissing (de).

35 Millionen Euro soll es kosten, dass auf dem bisherigen Militärflugplatz Lechfeld auch Passagierflugzeuge und Geschäftsfieger starten und landen können. Eine Zahl, die jedoch von der SPD im Landkreis immer stärker angezweifelt wird. Bestärkt sieht sich die Partei durch ein Gespräch ihrer Landtagsabgeordneten Dr. Simone Strohmayr (Stadtbergen) mit dem Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Walter Kolbow, das sie am Freitag in Berlin geführt hat.

Es gebe nicht nur ein Loch von wenigstens vier Millionen Euro im Finanzierungsplan, sondern noch eine Reihe von weiteren Hindernissen, erklärte die Landtagsabgeordnete bei der Jahreshauptversammlung in Stadtbergen – allen voran die massiv betonierten Munitionsbunker („Shelter“) genau an der Stelle, wo die zivile Abfertigung stattfinden soll.

„Wie viel wird das kosten?“ – die Frage habe auch Kolbow nicht beantworten können. Der Verteidigungs-Staatssekretär werde in den nächsten Tagen dazu eine wirtschaftliche Bewertung vorgelegt bekommen. Deutlich geworden sei jedoch, dass die Bundeswehr diese zusätzlichen Kosten nicht übernehmen werde. Eine Unwägbarkeit sind nach den Worten von Wolfgang Peitzsch, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Königsbrunner Stadtrat, zu-

dem die Kanalisationskosten für die Enteisungsanlage, die die Bundeswehr früher einmal mit „deutlich über 15 Millionen“ angegeben habe. Auch diese Summe sei bisher nie berücksichtigt worden. Peitzsch hält die derzeitige Wirtschaftlichkeitsberechnung für „hemmungslos schön gerechnet“. Auch Strohmayr forderte, dass die Zahlen „völlig neu bewertet werden müssen“.

In der Flughafen-Frage seien die Positionen von Partei und Kreistagsfraktion „millimetergenau“, betonte Fraktionschef Harald Güller. Es gebe zwar gute Gründe für die öffentliche Hand, sich beim Flugplatz zu engagieren (Stärkung der Wirtschaftsregion, Gewerbesteuer, Arbeitsplätze), aber derzeit sei noch zu vieles ungeklärt.

Zudem sei man es der Bevölkerung schuldig, den Lärm punktgenau zu betrachten und nicht nur auf die Berechnungen nach den durchschnittlichen Belastungen zu hören. Harald Güller machte erneut deutlich, worüber die Kreistagsfraktion nicht mit sich reden lasse: „Wir werden uns nicht bei den laufenden Betriebskosten in ein Abenteuer stürzen.“

Mindestens 30 Millionen Euro

So sieht es auch Roland Mair, der stellvertretende Kreisvorsitzende, der derzeit zusammen mit Edmund Mannes und Renate Durner die Kreis-SPD Augsburg-Land führt. Der Frei-

staat müsse mindestens 30 Millionen Euro bereitstellen und dies durch Beschlüsse von Kabinett und Landtag untermauern. Auch Harald Güller hält die bisherige Zusage des Freistaates von 17,5 Millionen Euro für völlig unzureichend. Immerhin habe München für den Ausbau von Mühllhausen 13 und für Memmingerberg 17,7 Millionen Euro zugesagt. „Warum sollen wir uns jetzt mit der Hälfte von 35 Millionen abspeisen lassen?“

Beckstein: Aus für Amtsgericht

Doch nicht nur der Lechfeld-Flugplatz beschäftigt die SPD im Augsburg-Land. Eine von vielen Sorgen dreht sich um das Amtsgericht in Schwabmünchen. Nach Aussage eines Delegierten habe Innenminister Beckstein inzwischen mitgeteilt, dass das dortige Amtsgericht geschlossen wird. Dabei kostet das Gebäude dort dem Freistaat nichts, während in Augsburg Miete gezahlt werden müsste.

„Wir werden kämpfen“, versprach die Landtagsabgeordnete Simone Strohmayr den Delegierten. Immerhin seien 34 Arbeitsplätze, davon vier Richterstellen, betroffen. Der Verlust des Amtsgerichtes sei für Schwabmünchen ein weiterer Tiefschlag, ärgerte sich ein Delegierter, denn auch das Forstamt soll aufgegeben und das Landwirtschaftsamt abgestuft werden.